

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 583.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 190.

Erste Ausgabe

Freitag, 14. Dezember 1906.

Druckerei in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Telekion Telephon 132. Eing. Dr. Baumgärtel.  
Schriftleitung: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Abgabegebühren f. d. bestmögliche Zeitgabe ab. Deren Name f. Halle u. den Zeitungsbesitzer so oft. Anzeigen im Anhalt des halleschen Blattes für die Jahre 1906 bis 1910. Anzeigengebühren f. d. bestmögliche Zeitgabe ab. Deren Name f. Halle u. den Zeitungsbesitzer so oft. Anzeigen im Anhalt des halleschen Blattes für die Jahre 1906 bis 1910.

### Weihnachtsglocken im Ruhrrevier.

Es ist noch keine zwei Monate her, daß die Wogen der Bergarbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hochgingen, zumal als sie, durch den später desabotierten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wie durch eine plötzlich herabstürzende Wö aufgeweicht, bedenkliche Streik-Schauwinde aufwarfen. Der sozialdemokratische sogenannte alte Bergarbeiterverband hatte mit jugendlichem Eifer, aber auch mit jugendlichem Leichtsin immerfort in das auf Ermerbsfriedensbrud gestimmte Horn geblasen und wirklich daselbst „Wind“ gemacht, daß sowohl der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen als die „Christlichen“, um die Scher ihrer Getreuen dange gemacht, dieselbe Melodie mitkränzte. Aber die ansdrückliche Verlegung jener nach früheren Rezepten in der offiziellen Redaktion hergestellten inoffiziellen Leistung, die feste Haltung des Bergarbeitervereins, die Weisheit der Erträge, die die Vertretung der Bergarbeiter in ihrer Gesamtheit ohne jegliches Recht amfahenden Streik-Kommission, die Bereitwilligkeit der Zechen, mit den geistlichen Arbeitertransmissionen jersetzt zu verhandeln, wirkten wie ein kalter Wasserstrahl nach dem andern. Der allem aber nahm den Streikführern der Nachweis den Wind aus den Segeln, daß die Köhne der Bergarbeiter nicht nur entsprechend der Konjunktur, sondern mehr als die Kohlenpreise, und zwar über den höchsten Standpunkt in der letzten Hochkonjunktur hinaus, gestiegen waren und voraussichtlich noch weiter steigen würden. Hierbei können wir allerdings nicht einmündlich unterlassen, daß diejenigen, welche die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne allein jhon mit dem Hinweis auf die etwas gestiegenen Kohlenpreise für begründet und selbstverständlich halten, sich auf eine gerade für ihre Aufschauung gefährliche Bahn begeben. Denn sobald sie sich allein die Steigerung der Kohlenpreise als ausreichenden Grund für die Erhöhung der Köhne der Bergarbeiter ansehen, müssen sie logischer- und konsequenterweise auch ein Fallen der Kohlenpreise als ausreichenden Grund für die Senkung der Köhne ansehen. Nun wissen wir aber alle, daß dahingehende Verluste in England bereits mehrfach gemacht sind, daß aber diese Verluste mit der „gleitenden Lohnskala“ vollständig flüssig gemacht haben, als die Köhne gemäß der kontraktlich festgelegten, gleitenden, also mit den Kohlenpreisen auf- und absteigenden Lohnskala heruntergeleitet werden sollten. Da brauchen die Arbeiter einfach die ihnen nicht mehr gemeine Abmahnung, und - Angebot und Nachfrage in Verbindung mit einem die Ernährung einer Familie gewährleistenden Lohnminimum bestimmte wieder nach wie vor die Lohnhöhe. Nun hat aber ein beträchtliches Nachlassen der längere Zeit in Geltung gewesenen Löhne und die damit verbundene notwendige Zurückführung der ganzen bald lieb gewordenen besseren Lebenshaltung für die Arbeiter und ihre Familien wirklich etwas sehr Bitteres und Sartes. Wir möchten deshalb den Arbeiterfreunden, welche die Lohnhöhe immer proportional der Preishöhe des Arbeitsprodukts sehen möchten, doch empfehlen, darüber nachzudenken, ob sie den Arbeitern mit der Propagierung solcher Theorien auch wirklich einen Fremdenchaftsdiens leisten. Denn es gehört wahrlich nicht viel Kenntnis vom Wirtschaftsleben dazu, um zu wissen, daß eine solche Konjunktur, wie wir sie jetzt haben, eine dauernde nicht sein kann, und auf das Steigen der Kohlenpreise auch ein Nachlassen folgen wird. Was aber soll denn geschehen, das die Arbeiter nicht immerzu trifft und der Industrie die Möglichkeit des Fortarbeitens und des Fortschritts offen läßt?

Doch es ist ja genau, daß jeder Tag seine Speziallage habe; haben wir die Frage der Köhne bei rückläufiger Konjunktur als Frage für höchstens noch entfernt liegende Tage auf. Heute sind wir ja noch in einem flüchtigen Geschäftszustand und können uns einwirken im Interesse der Industrie wie der Arbeiter freuen, daß die vorhin angeführten Vorurteile und Umstände es nicht zum Streik kommen ließen. Allerdings ist in den Bergarbeiter-berathungen noch ein neues, ungewöhnliches Argument gegen das „fortrige Köhnschlagen“ vorgebracht worden, nämlich das: „Dem Bergarbeiter soll durch den Streik nicht das schön e Weihnachtstfest verborben werden.“ Wenn wir uns auch eines gewissen Misstrauens gegen die Aufrichtigkeit dieses Arguments nicht erweichen können, da bei vielen anderen Gelegenheiten - wir meinen nur den großen Hamburger Hafenarbeiterstreik - vor, während und nach dem jhonigen Weihnachtsfeste hartnäckig und rücksichtslos weiter getreift wurde, so sind wir doch gern bereit, auch diese Argumentation nicht als eine Hütungsberieselung anzusehen, sondern für bare Münze zu nehmen. Ja, wir gehen noch weiter. Wenn das Weihnachtsargument auch nur in etwas dazu beigetragen haben sollte, den wirtschaftlichen Frieden im Ruhrrevier noch Monate zu erhalten, so wollen wir, ohne nach der physiologischen Entstehung des Arguments zu forschen, es mit Freuden begrüßen. Sollte es aber trotz der unmittelbar vorliegenden Streichge auch über Weihnachten hinaus noch zugräftig bleiben, ja

vielleicht sogar auch im Frühling, wo für gewöhnlich das Streikfever epidemisch auftritt, und darüber hinaus zur Besonnenheit, Ruhe und der richtigen Unterstehung zwischen tüngerlicher Vorpiegelungen und tatsächlicher Wahrheit führen, dann hätten Arbeiter wie Arbeitgeber allen Grund, das Weihnachtsmotiv des wirtschaftlichen Friedens auf Erden wie der Christnacht harmonisches Gelächte hinauszusetzen zu lassen in die Taler, wo die Mühe, die Entzher und die Rippe in kohlenschnellen Mühen zum Rhein eilen, hinauszusetzen zu lassen zur Wille des Zechenbetreibers und zur wohlgeleiteten Hilfe des Bergarbeiters und ausklingen zu lassen in ein Gossanna der Eintracht zwischen Hoch und Gering!

### Deutsches Reich.

Halle a. S., den 13. Dezember.

#### Abgeordnete Koeren und die Angelegenheit Wituba.

Es ist in der Presse angedeutet worden, daß der Reichstagsabgeordnete Koeren zu seinem Eingreifen in die Angelegenheiten der Mission in Logo und des früheren dortigen Bureauvorstandes Wituba durch einen ersten Schritt des Reichstanzlers veranlaßt worden sei. Herr Koeren werde in der zweiten Sitzung des kolonialen Nachtragesatzes den Beweis erbringen, daß er sich nicht in die Angelegenheiten der Kolonialabteilung hineingedrängt habe, daß er vielmehr von der Regierung um seine guten Dienste angegangen worden sei.

Eine der in Aussicht gestellten parlamentarischen Erörterung vorarbeiten zu wollen, hält man es nun offiziell mit Recht für angezeigt, die erwähnten Andeutungen an der Hand des attemmäßigen Materials zu beleuchten.

Es sind hier zwei sachlich getrennte Gruben von Vergleichen zu unterscheiden, nämlich einmal der Streit der Mission in Logo mit der dortigen Beamtenschaft und der Bericht ihrer Besetzung durch die Verhandlungen in der Kolonialabteilung; sodann die Verhältnisse des Beamten Wituba, soweit sie außer Zusammenhang mit den Vergleichen in Logo stehen. Zu der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird haben, wie wir schon in Nr. 582 der „Holl. Ztg.“ mitgeteilt haben, der Briefwechsel zwischen dem Abg. Koeren und dem Reichstanzler veröffentlicht.

Im Interesse der Mission in Logo wandte sich der Abgeordnete Koeren am 14. September 1904 mit einem Schreiben an den Reichstanzler, aus welchem sich ergibt, daß der erste Schritt in Sachen der Mission vom Abg. Koeren beim Reichstanzler unternommen worden ist, nicht umgekehrt, daß der Reichstanzler auf eine telegraphische Anfrage des Abg. Koeren dem Präfecten der Mission eine Besprechung mit dem damaligen Kolonialdirektor erwirkt hat. Es ergibt sich des weiteren daraus, daß auch die Initiative zu der zweiten Aussprache im Kolonialamt von dem Abg. Koeren ausgegangen ist. Dem Ersuchen um diese Aussprache stimmte der Reichstanzler durch ein Schreiben an den Abg. Koeren unter dem 25. Sept. 1904 zu.

Die vom Abg. Koeren erbetene Besprechung fand in der Zeit vom 23. bis 25. November 1904 in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes statt, und zwar zwischen dem damaligen Kolonialdirektor Stuebel, dem Abg. Koeren, dem Präfecten Büding und dem Geheimrat v. König. Ihr Ergebnis war eine Verständigung über die Modalitäten der Beilegung des Zwistes zwischen Beamtenschaft und Mission in Logo.

Damit hatte die Missionsangelegenheit ihren sachlichen Abschluß gefunden. Nimmher setzt der Fall Wituba ein. Im Interesse der friedlichen Entwicklung der Kolonie und der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Verwaltung und Mission war ein Entgegenkommen geist worden, das der Verion des Beamten Wituba natürlich nur so weit zu gute kam, als die Interessen der Kolonie es erforderten.

Im Laufe der Verhandlungen in der Kolonialabteilung hatte nämlich, wie bereits im Nachtrage von dem selbstbetretenden Kolonialdirektor Dembura nach der Aufzeichnung über diese Verhandlungen mitgeteilt worden ist, der Abg. Koeren erklärt, er wolle wegen Wituba mit dem Reichstanzler sprechen, da ein Einseitiges gegen Wituba bezug, dessen Abberufung unvertretbar ist. Zur Erlebigung der Missionsangelegenheit gehörte notwendig auch das Unterbleiben eines Vorgehens gegen Wituba, soweit Verhältnisse dieses Beamten in dieser Angelegenheit in Frage standen. Hierüber ist zwischen dem Abg. Koeren und dem Kolonialdirektor Stuebel ein Briefwechsel geführt worden, in dessen Verlauf der letztere am 15. Dezember 1904 schrieb:

„Dumächst bitte ich, Sie sodankgehorben, vericheren sich zu wollen, daß auch die Angelegenheit Wituba von mir aus dem gleichen Grunde der Geschäftigkeit und Besonnenheit geseher werden wird, mit dem ich selbst gesehen bin, der Mission die für erittenes Urrecht gebührende Gernungung zu verschaffen. Sinesfalls wird Herr Wituba irgend ein Nachteil aus Vorkwürfen erwaschen dürfen, die ihm in Verbindung mit jener Missionsangelegenheit gemacht worden sind.“

Zu diesem Schreiben heißt es dann auch: „Daneben wurde ich über sodankgehorben dankbar sein, wenn Sie Ihren Einfluß auf Wituba in der Richtung geltend machen wollten, daß er eine Entschädigung zunächst ruhig erwartet. Ein weiteres Drängen würde mir die Erlebigung der Sache, wie ich sie wünsche, nicht erleichtern.“

Unterdessen hatte aber Herr Wituba in einer Eingabe an das Auswärtige Amt am 21. Sept. 1904 folgendes erklärt: „Ich würde eventuell geneigt sein, viel schwerere Fälle anhängig zu machen, die wohl zur Kenntnis der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes gelangt sind, die aber niemals von derselben eine Abhandlung erfahren haben.“

Im Februar und März 1905 fand die eildische Vernehmung Witubas als Zeugen in dem Disziplinarverfahren gegen den Geheimen Sekretariatsassistenten Koeppl statt, wobei er eragab, mit Koeppl Material gegen die Kolonialabteilung ausgesandt zu haben. Zu der ermogenen Eröffnung des Disziplinarverfahrens gegen Wituba wegen dieser Vernehmung seiner Amtspflichten kam es nicht, vielmehr bestimmte der Kolonialdirektor Dr. Stuebel, daß zunächst der Ausgang des Disziplinarverfahrens gegen Koeppl abzuwarten sei. Wituba wurde weiter beurlaubt.

Am November 1905 wurde die Disziplinar-Kammer, vor welcher die Koeppl'sche Disziplinarfrage verhandelt wurde, von der Kolonialabteilung um Mitteilung begünstigter Abschnitte der Protokolle vom 21. Februar und 3. März 1905 über die Vernehmung Witubas in jenem Verfahren erinrt. Nach Eringung derselben wurde am 7. Dezember 1905 von dem Erzogringen zu Sachliche-Konjunktur des Geheimrats des Reichstanzlers zur Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen Wituba erboten mit dem Bemerkten:

„Es sollten dabei einer Zusage des Direktors Stuebel an den Abg. Koeren entsprechend, die in Logo und in unmittelbarem Anbuhg daran hier begangenen dienstlichen Verfehlungen Witubas nicht zum Gegenstand der Disziplinarvernehmung gemacht werden. Die Anbuhg solle vielmehr darauf beschränkt werden, daß Wituba sich mit dem Geheimen Sekretariatsassistenten Koeppl ... in Verbindung gesetzt ... und Material gesammelt hat.“

Und am 11. Dezember 1905 wurde durch Verfügung des stellvertretenden Kolonialdirektors Erbrüngen zu Gohentobes das förmliche Disziplinarverfahren gegen Wituba eröffnet, nicht wegen seiner Verfehlungen in Logo, sondern unter der Befehdigung, in Gemeinschaft mit Koeppl in der Absicht Material gesammelt zu haben, seine vorerlegten Dienstbeholdungen zur Unterhaltung von Amtshandlungen zu nötigen. In diesem Verfahren wurde der Abg. Koeren am 12. Februar 1906 endlich als Zeuge vernommen und hat bei dieser Gelegenheit den im Nachtrage verlesenen Auslassung; „Wituba in die Mission in Logo eingeschleust“ nicht in der Logonans dem Zentrum erwarteten Weise erledigt wird, so werden wir uns genügtigsten für die Kolonien überhaupt nichts mehr zu bewilligen.“

Am 11. Februar hatte der Abg. Koeren an den Reichstanzler einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Ich erachte, daß nach dem Fortgange von Herrn Stuebel die Angelegenheit weiter betrieben wird, indem gegen den Bureauvorstand Wituba disziplinarisch vorgegangen werden soll. Die dienstliche Angelegenheit hängt direkt mit der Missionsangelegenheit zusammen und kann ohne genaue Kenntnis der letzteren nicht beurteilt werden. Ich habe mich auf Empfehlung des Herrn Präfecten des Herrn Wituba schon seit dem vorigen Jahre angenommen. Nach meiner Ueberzeugung ist für die Vorgehen der Geheimrat v. König die treibende Kraft, dessen Vorgehensweise ich unmissverständlich gegen die Mission und Wituba schon bei der damaligen Besprechung zu der hochherzigen Auffassung des Herrn Kolonialdirektors in unangenehmem Gegenstand stand. Ich möchte nun Ev. Durchlaucht bitten, nochmals für mich eine Besprechung im Kolonialamt zu veranlassen, von der ich mit Sicherheit erwarre, daß sie nicht vor dem Beginn der zweiten Sitzung des Kolonialrats zur Einleitung des weiteren Verfahrens gegen Wituba führen wird. Es ist mein tiefster Wunsch, die ganze Logo-Angelegenheit als endlich abgehandelt betrachten zu können und auf sich beruhig zu lassen. Eine Erörterung derselben im Reichstag würde nicht nur für die ganze katholische Bevölkerung überaus unangenehm, sondern namentlich die Kolonie eine für die Kolonien sehr unangenehme Umfassung zur Folge haben, und das würde ich - als nicht zu dem Gernern der Kolonialpolitik gehörend - aufrichtig bedauern. Da aber die zweite Sitzung des Kolonialrats nicht weit mehr hinausführt, so bitte ich, die erbetene Besprechung geneigt schon für die nächsten Tage veranlassen zu wollen.“

Darauf erhielt er vom Reichstanzler unter dem 2. März 1906 eine Antwort, in der es heißt:

„Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr Stuebel geben mit mir dahin einverstanden sein werden, daß eine Einwirkung von meiner Seite auf das schwebende Disziplinarverfahren nicht angängig und erst beim Abschluß erfolgen muß, es über die weitere dienstliche Behandlung des Wituba Bestimmung getroffen werden kann.“

Am 11. Juni 1906 schrieb der Abg. Koeren abermals an den Reichstanzler. In diesem Briefe heißt es:

„Das Wituba verborben haben soll, ist mir durchaus unverständlich. Alle meine Kenntnisse über die Kommissionen in der Kolonie habe ich aus den Verhandlungen in der Kolonialabteilung, an denen der apostolische Präfect teilnahm. Wituba hat mich lediglich erboten, doch auch gelegentlich seine Angelegenheit in der Kolonialabteilung zu besprechen. Er hat sich keineswegs

an mich als Reichstagsabgeordneter, etwa in der Absicht, daß ich die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache bringen würde, obwohl, sondern lediglich, weil ich ihm von dem Präsidenten als Vertreterperson für die Verhandlungen des Mißionsangelegenheiten im Kolonialamt beiderseitig war. Diese meine Stellung würde es mir besonders beinahe, andererseits aber auch zur besonderen Pflicht machen, mich nicht über das Äußerste hinaus zu begeben, um die Angelegenheit auszulösen. Unter diesen Umständen werden Sie, natürlich mir bezügelnd, wenn ich hierüber nochmals an Sie mich wenden und ebenso eherechtlich wie bringen bitte, doch diesen vorliegenden, nun schon über ein Jahr hindurch geradezu unverständlichen Verhandlungsverhandlungen ein Ende zu machen.

Auf dieses Schreiben hat der Abg. Meeren vom Reichstags eine Antwort erhalten, wohl aber hat der Chef der Reichstagskommission, wie dieser selbst in der Reichstags-Sitzung vom 3. Dezember erklärt hat, zwei Briefe am 13. und 16. Juni an ihn geschrieben. Aus dem letzteren verlas Herr v. Lohse folgende Entschlüsse:

„Für die Entschlüsselung, in welcher Weise Mißtrau zu Verantwortung zu ziehen ist, kann es jedenfalls, wie Sie mir als Senator und Richter zugeben werden, keinen Einfluß haben, ob die Frage Angelegenheit öffentlich erörtert wird oder nicht. Die Kolonialamt-Entschlüsselung kann auch nicht den letzten Wortlaut enthalten lassen, als ob sie sich von der Verfolgung einer strafbaren Handlung abbringen ließe, weil sie andere Angelegenheiten fürstet; sie darf nur nach Recht und Gerechtigkeit handeln ohne Rücksicht auf die Folgen. Es bedarf nicht der Bekräftigung, daß objektive Urteilsfindung als Grundgedanke werden, die zu seinen Gunsten sprechen.“

Aus diesen Vorlesungen geht hervor, daß dem Abg. Meeren eine Vermittlerrolle in dem Falle Mißtrau keineswegs von Seiten der Regierung angetragen, daß seine Vermittlung lediglich für die Erledigung des Mißionsvermittlungs in Anspruch genommen worden ist, daß der Abg. Meeren aber nach der Erledigung dieses Amtes verfuhr, daß unter Drohung mit parlamentarischen Aktionen und politischen Konsequenzen in ein Disziplinärverfahren einzugreifen, das unter Ausschluß der Mißionsangelegenheit gegen Mißtrau eröffnet worden war.

### Aus dem Reichstage.

Der Reichstag leitete am Mittwoch die Behandlung der Interpellationen über die Fleischsteuerung fort. Erster Redner war der Abg. Dr. Wassch (nl.), der gemäß dem schon früher von seinen Freunden vertretenen Standpunkte betonte, der sichstehende Bevölkerung dürfe der Volkswirtschaft und der Volkswirtschaft auch im Interesse der Fleischversorgung eine Sonderstellung nicht eingeräumt werden. Den verbündeten Regierungen ist jedoch der Vorwurf zu erheben, daß sie die Lage zuvor vom Reichstagsabgeordneten unabhängigen Maßnahmen nicht schon vor Monaten getroffen haben. Abg. Graf Schwerin (d.) sprach (nl.) konnte sich lebhaft gegen die Sozialdemokratie, der er nachwie vor, daß sie ihre Interpellation nicht zur Auffassung, sondern zur Verhinderung der großstädtischen Bevölkerung eingebracht habe. Dem Reichstagsabgeordneten und der preussischen Regierung, insbesondere auch dem früheren Landwirtschaftsminister v. Roddebeck, gebühre Dank für ihre feste und zielklare Haltung in der Frage der Fleischversorgung. Sein Landwirtschaftsminister könne angesichts des hohen Wertes des deutschen Viehstandes die Verantwortung für eine neue Einschleppung von Viehseuchen auf sich nehmen. Abg. Korfant (Pol.) gab an, daß die preussische Regierung lebhaft Anstrengungen gemacht habe, den Mangel an Schweinen in Oberschlesien zu mildern. Er forderte jedoch eine unbeschränkte Einfuhr von russischen Schweinen nach Oberschlesien. Abg. G. m. (Rp.) betonte, daß die Interpellationen nicht drei Monate später eingebracht seien; der Rückgang der Viehpreise werde andauern, und das werde sich dann in drei Monaten feststellen lassen. Letzter Redner war der Abg. Göttsche (fr. Bg.), der den Verzicht der rechtsstehenden Redner, der Rückgang der Viehpreise werde anhalten, feierlich Standen schenkte wollte. Die Behandlung wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abg. G. a. m. a. n. (nl., Erfurt) einstimmig für gültig.

Zur Frage der Schiffsabgaben will ein Berliner Lokalblatt erfahren haben, daß die Reichstagsabgeordneten im Hinblick auf die Reichsverfassung die Erhebung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen, und zwar, wie sie das preussische Kanalsgesetz vorbestimmt, verbietet, und daß die Bestimmungen des preussischen Gesetzes nicht unzulässig sind. Die schlesische Regierung ist also in der Frage nicht ungelöst worden. Die Ueberzeugung der schlesischen Regierung teilen auch Württemberg, Baden und sonstig bis bisher getrennt lieg, und dessen, und diese Staaten zusammen bringen über gerade 14 Stimmen im Bundesrat, die notwendig sind, um eine Veränderung der Verfassung unmöglich zu machen, mithin die Einführung von Schiffsabgaben zu verhindern. Die Möglichkeit der oben mitgeteilten Meldung wird je doch wohl nach abzuwarten sein.

Neue Steuern in Sicht. Dem im Reichstage zur Verteilung gelangten Reichshaushalt für 1907 ist eine Denkschrift beigegeben, in welcher über die Bedienung des Verschuldungsbetrags 1907 werden die Mittelverhältnisse der zu ihrer Bedienung dienenden Ueberweisungen um den erheblichen Betrag von 57 049 841 Mark übersehen. Sie mußten gleichwohl in diesem Betrage einzuweisen in den Etatsentwurf aufgenommen werden, am gemäß Artikel 70 Abs. 1 der Reichsverfassung das erforderliche Geld zu beschaffen. Die Ausgaben und Einnahmen der Reichstagsabgeordneten. Wenn nun auch nach § 3 Abs. 2 des Reformgesetzes vom 3. Juni 1906 die dem Betrag von 24 242 078 M. nach der Rechnung übersteigenden Mittelverhältnisse den Bundesstaaten einzuweisen zu können sind, würden die Bundesstaaten hierzu doch mit einer Zustimmung der Reichstagsabgeordneten, welche in solcher Höhe für sie um so weniger erträglich wären, als der großen Mehrzahl derselben schon die innerzeitliche Aufbringung der aus dem laufenden Rechnungsjahre im veranschlagten Betrage von 57 578 775 Mark einzuweisen gestellten Mittelverhältnisse unbedenklich der Erfüllung ihrer eigenen, von Seite der Reichstagsabgeordneten, Aufgaben nicht möglich sein wird. Die verbündeten Regierungen haben daher mit der Feststellung des Etats nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie zu dauernden Uebernahmen der gesamten ungedeckten, nach 24 242 078 M. hinausgehenden Mittelverhältnisse imstande seien. Sie müssen sich jedoch eine auf die Einnahme der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Erbschaftsteuer und der Vermögenssteuer, die die Reichstagsabgeordneten, die Regierung glaubt hierbei auf das Entgegenkommen des Reichstages, um so sicher rechnen zu dürfen, als er bei der Beratung der Finanzreformvorlage auch seinerseits anerkannt hat, daß die bewilligten neuen Steuern zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt nicht ausreichen.“

Das norwegische Königspaar trifft am nächsten Sonnabend vormittag auf dem Bahnhofe Wilmshof ein, wo es vom Kaiserpaar mit den übrigen Fürstlichkeiten empfangen wird. Mittags findet im Neuen Palais Familienfrühstück statt, abends Ballabend. Am Sonntag wird das Königspaar das Frühlingsfest beim Grafen von Berlin einwohnen und abends im Opernhaus der Galaberühmte bewohnen. Die Abreise erfolgt Sonntag abends 11 Uhr.

Der Kaiser und die Kaiserin werden sich am Sonntag zur Teilnahme am Lauf des Rintenschloßes „Q“ auf dem Platten „Schloß-Golstein“ nach Kiel begeben. Die Rückreise nach Berlin erfolgt am Montag nachmittags.

Der Kaiser und Kaiserin, Professor Dr. Mühlberg vom Harvard-College war vom Kaiser Wilhelm zu einer Unterredung eingeladen worden, die wie bereits mitgeteilt, am Dienstag stattgefunden hat. Wie das „V. T.“ erzählt, drehte sich die Unterredung, die eine eine Stunde dauerte, um allgemeine politische Fragen, insbesondere um Fragen: Rußlands und die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Professor Mühlberg blieb bis zum 7. Januar in Berlin.

Oesterreich und Preußen. Das „Neue Wiener Journal“ vom 12. d. M. brachte unter der Ueberschrift: „Der Vermeidungskampfbewegung gegen die Polen“ die Nachricht, daß die österreichische Regierung neuerdings zu erklären, daß die vorläufige Regierung, auch die freundschaftliche Vorstellung zugunsten der Polen als einen unzulässigen Akt der Einmischung in innere Angelegenheiten Preußens auflassen und entschieden zurückweisen werde. Von kompetenter Stelle ist dieser Meinung gegenüber das „Luzar. Tel.-Bör.-B.“ zu der Erklärung ernüchert, daß diese Nachricht nicht zutreffen ist.

### Die Bevölkerung des Deutschen Reiches am 1. September 1905 nach Größenzahl, Wachstum und Dichte.

Nach den vom kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichten ersten Ergebnissen der Ergebnisse der Volkszählung am 1. Dezember 1905 betrug die Bevölkerung des Deutschen Reiches am 1. Dezember 1905 60 641 278 Einwohner. Davon entfielen auf das männliche Geschlecht 29 884 681 Personen, während das weibliche Geschlecht 30 756 597 zählte, so daß auf je 100 Männer 102,9 Frauen kamen. Gegenüber der bereits veröffentlichten Zahlen, die als vorläufige Ergebnisse besprochen waren, bedeutet die endgültige Ziffer einen Mehr von 36 095 Personen.

Demnach ist die Bevölkerung seit der vorhergehenden Volkszählung am 1. Dezember 1900 um 4 274 100 Personen oder 7,58 v. H. gewachsen. Diese Zunahme setzt sich zusammen aus der natürlichen Bevölkerungszunahme, dem Ueberflusse der Geburten über die Todesfälle in dem Zeitraum vom 1. Dezember 1900 bis zum 30. November 1905 und aus einem Wanderungsgewinn von 52 307 Personen. Ein solcher — und zwar größerer — Gewinn durch Wanderung hatte sich schon 1900 (nämlich 94 125 Personen) herausgestellt, während vor dem Jahrfrist 1895 bis 1900 stets Wanderungserluste zu verzeichnen waren.

Am Vergleich zu der vorliegenden Zählungsperiode, die den höchsten bis dahin erreichten Grad des Wachstums aufwies, hat die Zunahmsstärke ein wenig nachgelassen, doch übertrifft sie erheblich die Wachstumskraft aller Vorjahre seit 1895 und beträgt noch über das Doppelte der niedrigsten Zunahme, die sich in den Jahren 1880 bis 1885 ergab.

Die Fläche des Reiches umfaßt nach den neuesten Ermittlungen 542 078,8 qkm. Davon entfielen 1311 qkm mehr als 1900 angegeben worden sind, doch beruht dieses Mehr nicht auf Gebietsvermehrung, sondern auf neueren genaueren Feststellungen (hauptsächlich der Fläche der Provinz Pommern).

Erach ist 1900 im Durchschnitt eine Bevölkerungsdichte von 104,2 Einwohnern auf jedes Quadratkilometer des Reiches, so zeigt sich 1905 wiederum eine bedeutende Steigerung der Dichtigkeit. Sie beträgt jetzt 111,9 Einwohner auf 1 qkm.

Für das deutsche Reichgebiet beläuft sich die Bevölkerung auf 60 871 554 Einwohner. Davon entfielen auf das Großherzogtum Luxemburg 246 455 Köpfe. Die Zollausfälle zählten zusammen 17 588 Personen.

Unfallstatistik für 1907. Am Reichshaushaltsetat für 1907 wird auch eine erste Rate der Kosten einer Unfallstatistik für das Jahr 1907 verlannt. Es handelt sich hier um eine Wiederholung der Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, wie sie bereits für die Jahre 1887 und 1897 aufgestellt ist und alle zehn Jahre angestellt wird. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften fiel die erste entsprechende Statistik in das Jahr 1891. Sie wird demgemäß in anderen Jahren als die gewerbliche Umfrage wiederholt.

Kontrollstatistik. Nach der vorläufigen Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes zur Kontrollstatistik gelangen im letzten Vierteljahr 1906 im Deutschen Reich neue Konturze zur Zahlung gegen 3015 im letzten Vierteljahr 1905.

Zur Ausweisung des Schuhmacherspat. Die Nachricht, daß das medienburgische Staatsministerium eine eingehende Untersuchung über das von der Polizeibehörde in Wismar beobachtete Verfahren, betreffend die Ausweisung des wegen des Wapenages in Kopenhagen festgesetzten Schuhers Vogel, eingeleitet und zu diesem Zwecke ein Ministerkomitee nach Wismar abgeordnet habe, ist, wie die „Medienburger Nachrichten“ hören, unbegründet. Die Ausweisung ist überhaupt nicht von der Polizeibehörde in Wismar, sondern vom großherzoglichen Ministerium des Innern veranlaßt, und zwar nicht bloß aus dem Grunde, sondern auch dem Grunde, daß der Schuhmacher Vogel, dessen in Wismar die wappentragende Schuhmacher-Gesellschaft am 3. Abs. 2 des Preisvergleichsgesetzes vom 1. November 1887, nach welcher festzusetzen Personen, welche den dort bestimmten Aufstellungsbedingungen in einem Bundesstaate unterliegen, der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaate von der Landespolizeibehörde verweigert werden kann.

Offizielle Wähler, gleiche Klassen. Für den bevorstehenden zweiten Wahlgang der Landtagswahlen in Württemberg hat die W. P. S. P., nachdem die Nationalvereine vor der Hauptwahl Anschlag nach rechts gewandt und gefunden haben, nunmehr ein Abkommen mit der Sozialdemokratie geschlossen, wonach die Wähler der beiden Parteien zuzugewinnen und ihre Wähler aufzugeben, in der Nacht ihre Stimmen geschlossen auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei abzugeben. Diese hat ihrerseits in 15 Wahlkreisen ihre Kandidaten zuzugewinnen und deren Wähler zur Unterstützung der W. P. S. P. aufzugeben. In fünf Wahlkreisen werden die Wähler der beiden Parteien zuzugewinnen und deren Wähler aufzugeben, in der Nacht ihre Stimmen geschlossen auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei abzugeben, in der Nacht ihre Stimmen geschlossen auf die Kandidaten der W. P. S. P. abzugeben. Die beiden Parteien beschließen, durch diesen Zu-

ammenfluß eine Interpellations-Mitteilung des Reichstages in der neuen Session zu begründen.

Sam polnischer Schultzeit. Nach der neuesten amtlichen Erhebung geht der Anteil der polnischen Schüler in der Provinz Westpreußen zurück. Am Regierungsbezirk Marienwerder beträgt er 80 auf 100 Schülern, während er früher bereits 100 Schülern erreicht hatte. Am Regierungsbezirk Danzig wird nach 85 Schülern veranschlagt. In allen Schulen nimmt die Zahl der Auffassigen allmählich ab. — Die Behörden gehen gegen die von polnischen, besonders aufzuerstehenden Vätern in letzter Zeit gebrachten Entlassungsmeldungen über unangehörige Vordringung im Schultzeit immer mehr zurück. Sie sind in den letzten Tagen innerhalb des Regierungsbezirks Danzig gegen neun ausländische Berichterstatter wegen Verletzung erfindbarer deutschpolnischer Verträge über die Schultzeit Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Struppellose Kolonialpolitik. Der „Vorwärts“ fordert öffentlich auf, man möge ihm doch Material zufassen, auf Grund dessen sich Standal über die Zustände in Südwestafrika machen lasse. Die in die Öffentlichkeit gedruckten Fragen hätten einen in Afrika kämpfenden Soldaten auf dem Bismarckstift gebracht: „Denn eine ich, nur ein Südwestafrika feindlicher, der kommt als Sozialdemokrat heim.“

Eine eigenartige Ironie des Schicksals will es nun, daß diese neue, für die systematische Kolonialpolitik bezeichnende Aeußerung des struppellosen Blattes gerade am den Tage erschien, wo bekannt wurde, daß Gouverneur von Nordwest sich in der Budgetcommission des Reichstages mitteilte, daß sich nicht weniger als 971 ehemalige Schuttruppler als Anwerber für Südwest gemeldet haben. Mit Recht schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: „Wenn unter den Leuten, die das Reich in den bisherigen drei Kriegsjahren nach Südwest hinausgeschickt hat, nahezu 1000 bereit sind, ihr ferneres Schicksal mit dem von Südwestafrika zu verknüpfen, so bedeutet diese Lastade mehr als alle Reben am Lobe des Landes, es zeigen damit die 1000 früheren Schuttruppler, die das Land aus eigener Anschauung kennen lernten, daß sie Vertrauen in seine weitere Entwicklung haben, Vertrauen zu dieser angeblich so trostlosen Wüsten, aus der sie sich den Lebensunterhalt und die Vergütung ihres Kapitals herauszuholen wollten. Die Regierung sollte sich diese glänzende Vertrauensbekundung für den Wert von Südwestafrika nicht ungeachtet lassen für ihre Verteilung der neuen und noch hinzukommenden Südwestafrika-Forderungen.“

Sozialdemokratische Grundsätze. Am heftigsten Landtage hatte die sozialdemokratische Fraktion für die Anwendung einer Gleichberechtigung an dem Großherzog aus Anlaß der Geburt des Thronerben gefordert. Am der Parteipresse ist deshalb scharfer Widerspruch erhoben worden. Demgegenüber schreibt der heftige „Genosse“ David an den „Vorwärts“, es habe sich für die Fraktion lediglich darum gehandelt, dem Großherzog ein Zeichen persönlichen Mitemmens, persönlicher Achtung zu geben. „Das glaubten wir dem Manne geben zu sollen, der im Falle Eignert einer Welt von Vorturteilen und einem einflussreichen Parteiführer zum Trost sich auf unsere Seite gestellt hatte.“ Nachdem David auf solche Weise den Großherzog von Hessen gemissermaßen als einen der Sozialdemokratie nahestehenden „Mann“ in Anspruch genommen, erklärt er, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion, als sie am Abend den Kampplatz verlassen habe, das frohe Bewußtsein gehabt hätte, im Parlament die Vertretung der „Arbeiterinteressen“ mit gutem Erfolge besorgt zu haben.

Der „Vorwärts“ ist jedoch damit ganz und gar nicht einverstanden. Er schreibt, daß er kein Verständnis für die schlaue Umgehung eines grundrätlichen Hindernisses, wie sie die heftige Kammerfraktion ausgeführt, habe und auch kein Verständnis für die seine diplomatische Taktik Davids bestehe. Schließlich zitiert das sozialdemokratische Zentralorgan eine Spottrede des „H.“, in der es heißt: „Wir rufen Euch und Egen!“

Der „Vorwärts“ meint, es wäre besser gewesen, wenn die heftige Kammerfraktion nicht so trostliche Gelegenheit zum Spott gegeben hätte. Möge sich das Volk nur betruben; an Gelegenheit über die Sozialdemokratie aus Spotten, geht es auch sonst nicht.

### Frankreich.

Der Anschlag bei St. Quentin. Die Anschläge bei St. Quentin sind am Mittwoch nachmittag durchgegangenen Dokumente lieferten den Beweis, daß die Mischeile nicht die Anwendung des Gesetzes von 1881 und die Abgabe der Erklärung waren und sich nur mit Truppen von Montaigny überbrachten Weisungen des Papstes gelöst haben.

Polas Wache im Pantheon. In der französischen Kammer wurde über den Antrag verhandelt, Polas Wache nach dem Pantheon überzuführen. Der Abgeordnete Bascos machte sich anheißig, zu bestehen, daß der Antrag auf Ueberführung in das Pantheon nicht auf solch literarische Leistungen, sondern auf seinen offenen Brief „Jacquie“ und auf seine Haltung in der Dreyfus-Angelegenheit zurückzuführen lie. Redner richtete scharfe Angriffe gegen Polas literarische und politische Schriften und erklärte, die Ueberführung der Wache ins Pantheon würde als Verächtlichmachung angesehen werden können. Ministerpräsident Clemenceau erklärte, daß Polas allein sich gegen die Mischeile wandte, daß er seinem Lande, seiner Regierung, der ganzen Menschheit die Einnahme und die Ehre auf Spiel setzte. Der Antrag der Ueberführung wurde angenommen.

Grüßsalutanten. Unruhigen in der Marine. Der „Standard“ meldet aus London, daß unter der Mannschaft der am 12. d. M. nach Belgien abgegangenen U-Boote die Pantheilnehmer in Unruhe vorzukommen sind, weil die Leute unzufrieden darüber sind, daß sie das dritte Mal hintereinander das Weltmaßschiff fern von der Heimat verbringen sollen. Als die Mannschaft vom Urlaub zurückkehrte, bot eine Anzahl Leute nicht zur rechten Zeit an Bord. Ein Kreuzer blieb in Portland zurück, um die Nachzügler aufzunehmen.

Die Schuldfrage. Das Uebermaß hat die Revision der Regierung, nach der die dem Oberstaatsrat der Unterredung vorgenommenen Uebernahmen ein bloc abgelehnt werden, mit 416 gegen 107 Stimmen angenommen. Diese außerordentlich große ministerielle Mehrheit wurde mit lang anhaltendem Beifall begrüßt. Die Vorlage geht nunmehr mit allen abgelehnten Änderungsanträgen an das Oberhaus zurück.



**Wir empfehlen**  
**als passende und schöne Geschenke**

unsere originell und aufs feinste arrangierten

**Weihnachts-Präsentkörbchen**

gefüllt ganz nach Wunsch des Bestellers mit  
 Kaviar, feinen Fleisch- und Würstwaren, frischen Früchten, Gemüse- und Früchte-  
 Konserven, Kaffee, Kakao, Tee, Schokoladen, feinen Likören, Wein, Champagner,  
 feinen Fisch-Konserven, Dessertfrüchten etc.

**Likör-, Wein- und Sekt-Arrangements**

für die Stadt in offenen, für auswärts in sicheren Deckelkörbchen  
 in jeder Preislage von Mk. 5.- an.

**Weihnachts-Kaviar**

Kaiser Malossol, Beluga,  
 Ia. Astrachan, mit etwas mehr Salz, Pfd. Mk. 10.

**Helgoländer Hummer,**

lebend und gekocht, auch auf Schüsseln garniert,  
 ohne Preisaufschlag.

**Garnierte Schüsseln u. Platten aus unserer Stadtküche**

mit ital. Salat, Hummer-Mayonnaise, Fisch-Mayonnaise, Aufschnitt, div. Braten, Geflügel, sowie einzelne kalte und  
 warme Zwischengerichte in aparter, vornehmer und sehr schmackhafter Ausführung.

**Frisches Geflügel und Wild,**

Brüss. Poularden, Kapauern, steir. Hähnchen, Kücken, Hamburger Junge Enten,  
 franz. Puter und Hennen, feiste Fasanen, Perlhühner, Waldschneppen, franz. Wachteln,  
 Waldhasen, Rehwild.

**Weihnachtsgänse, la. junge, Hamburger Milchmast,**

Brüss. Treibhaustrauben, frische Ananas, Tiroler und französ. Apfel und Birnen,  
 Kopfsalat, Romane, Endivien, Sellerie, grüne Spargelspitzen, Artischocken, Mandarinen,  
 Apfelsinen, Walnüsse, Haselnüsse, Schmandeln, Traubrosinen, Datteln, Feigen,  
 römische Pflaumen.

**Geröstete Kaffees** besonders feine mit 10% Rabatt  
 Festmischungen in Sparmarken,

Tee, Kakao, Biskuits, Schokoladen, Konfitüren, Vanille  
 in nur feinsten Qualitäten zu bekannt billigen Preisen.

**Gemüse-, Frucht- und Fisch-Konserven**

zu besonderen Vorzugspreisen.

Prompter Versand.

**Pottel & Broskowski, Halle a. S.**

Wir bitten die Auslagen und Preise in unseren Schaufenstern zu beachten.

**Schaukelpferde**  
 in schönster und solidester Ausführung,  
 gleichzeitig zum Fahren eingerichtet und  
 mit Gummirädern versehen.  
 Elegante Kutschen, Chaisen,  
 Sand- u. Rollwagen, Paket-  
 post-, Fleischerwagen und  
 Karren mit echt. Felltieren  
 bespannt.

**Schultornister,**  
 Schultaschen, Schulmappen in solider selbstgefertigter  
 Ware in grösster Auswahl zu massigen Preisen.

**Paul Göldner, Albert Herrmann**  
 Nachf.,  
 Reparaturen billigst. 67 Leipzigerstr. 67. Fernspr. 2178.

**Reisebureau Spatz,**  
 Martinsberg 2.  
 Agentur der Deutschen Ost-Afrika und  
 Woermann-Linie, Hamburg.

Beste Verbindungen nach Ost- u. West-Afrika, sowie  
 nach dem Kap, Madela, den Kanarischen Inseln,  
 dem Mittelmeer und Aegypten. [6347]

Rundreisehefte \* Reisehandbücher.

Pfund 1 Mt. **Baum-Konfekt,** Pfund 1 Mt.  
 nur gutschmeckender Baumbehang.  
**Johs. Wilhelms Konditorei,**  
 Leipzigerstrasse 59.  
**ff. Marzipan-Lebkuchen**  
 eigenes Fabrikat, täglich frisch und grobartig im Geschäft.  
**Johs. Wilhelms Konditorei,** Leipzigerstrasse 59.

**Christstollen**  
 von vorzüglichem Geschmack liefert  
**Johs. Wilhelms Konditorei,** Leipzigerstrasse 59.

**Citronal-Pillen**  
 Vorzügl. bewährt als Blutreinigungsmittel  
 und gegen Gicht, Rheuma, Podagra, Ischias,  
 Gliederreissen, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit,  
 Zuckerkrankheit, Gall- u. Nierensteinbildungen,  
 ärztlich aufs wärmste empfohlen. Original-  
 Packung Mk. 3.-. Erhältlich in den Apotheken.  
 Kuranzweisung kostenlos durch  
 Chem.-pharm. Laboratorium „Bavaria“ München. Apoth. R. Schoellkopf.

**Aug. Weddy**

Leipzigerstrasse.

**Hochfelne Schreibgarnituren**

in echt Onix und Krystall.

NB. Einige vorjährige Muster unter Preis!

Gegr. 1823.  
**J. A. Heckert,**  
 16 Gr. Ulrichstrasse 16  
 empfiehlt in grösster Auswahl  
**Neuheiten in Krystall u. Porzellan,**  
**kunstgewerbliche Artikel**  
 in allen Preislagen. [6129]

Haben Sie schon [6298]  
**16 AE Wolle** (Pfund 2,90)  
 probiert bei  
 H. Schnee Nachf., Gr. Eisteinstr. 84.

Nur die Marke „Pfeilring“  
 gibt Gewähr für die Echtheit unseres  
**Lanolin-Toilette-Cream-Lanolin.**  
 Man verlange nur  
 „Pfeilring“ Lanolin-Cream  
 und weise Nachahmungen zurück. [6618]  
**MARKE PFEILRING Lanolin-Fabrik**  
 Martinikenfelde,  
 Charlottenburg, Salzfer 16.

**K&C POPOFF**  
 vornehmste  
**Russische**  
**Theemarle**  
 „Man achte auf die Schutzmarke K & C.“ [6389]

**Kindergärtnerinnen-Seminar zu Halle a. S.**  
**Weihnachtsfeier.**  
 Montag, den 17. Dezember im großen Thalia-Saal nach-  
 mittags 3 Uhr Sinfonie, 8 Uhr abends Zeit der Seminaristinnen.  
 Ausstellung angefertigter Kröbelarbeiten. Eltern und Freunde der  
 Anstalt werden hierdurch ergebenst eingeladen. [6678]  
 Die Direktion. R. Mayer.

**Halle a. S., Leipzigerstr. 21 Reinhold Grünberg, Leipzigerstr. 21, Halle a. S., Leipzigerstr. 21,**  
 empfiehlt zu passenden Weihnachts-Geschenken äusserst billig:

<b>Weisse Damastbezüge in feinen Blumenmustern,</b> 6, 7 Mk.	<b>Bettuch ohne Naht,</b> 1,50, 2, 2,50 Mk.
<b>Bezüge in Dimity,</b> 5, 6, 7 Mk.	<b>Leinene Teegedecke</b> von 2,75 Mk. an.
<b>„ in Louisianaatuch,</b> 4, 5, 6 Mk.	<b>Tischtücher,</b> 4 Personen, 1, 1,50, 2, 2,50 Mk.
<b>Bunte Bezüge,</b> 3, 4, 5, 6, 7 Mk.	<b>„</b> 6 Personen, 2, 3, 3,50 Mk.
<b>Kattun-Bezüge,</b> 3, 3,50, 4, 5 Mk.	<b>Tischgedecke,</b> 6 Personen, von 7 Mk. an.
<b>1 Gebett Inlett: Decke, Unterbett, 3 Kissen,</b> 11, 12, 15, 18, 20, 25, 30 Mk.	<b>„</b> 12 Personen, von 12 Mk. an.
	<b>Leinene Servietten,</b> Dutzend 4, 5, 6, 7 Mark bis zu den feinsten. [6681]

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Für die Inserate verantwortlich: Paul Kersten, Halle a. S.

Telephon 188

Mit 2 Beilagen.

**Gedenktage.**

14. Dezember.

- 1752. Der Dichter Guitav August Ziegde geboren.
- 1799. George Washington, der Begründer der Unabhängigkeit Amerikas, gestorben.
- 1849. Der Komponist Konstantin Krauser gestorben.
- 1861. Der Komponist Heinrich Marschner gestorben.
- 1880. Transvaal erklärt sich unabhängig.

**Tagesspruch:** Wer Freunde sucht, ist sie zu finden wert,  
Wer keinen hat, hat keinen noch begehrt.  
Veffing.

**Hallesche Nachrichten.**

Halle a. S., 13. Dezember 1906.  
Ecksame Fleischpreisnotierungen.

Wenn man die vom Königl. Statistischen Landesamt in der „Statistischen Korrespondenz“ aufgestellte Uebersicht über die in den verfloffenen Monaten erteilten Durchschnittspreise für Fleisch im Kleinhandel einseht, so muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Preise der Stadt Halle a. S. mit zu den billigsten unter den 24 Hauptmarkorten Preußens zählen. Es wurden nämlich beispielsweise für den Monat November 1906 nur folgende Durchschnittspreise für 1 Pfund in Pfennigen notiert:

**Fleisch im Kleinhandel:**

Rind-	Schweine-	Kalb-	Lamm-
von der Keule vom Saufe	75,0	70,0	77,0
gegenüber stellen sich im gleichen Monat für die gleichen Fleischsorten in den vorgenannten Orten die niedrigsten Preise im Osten und die höchsten Preise im Westen der Monarchie also:	74,5	62,0	75,0
	95,5	85,0	70,0
		106,5	102,5
			87,0

Wenn also die amtlich aufgestellten Durchschnittspreise richtig sind, so haben sich die Halleschen Fleischpreise ungefähr auf der Höhe des Jahres 1903 bewegt. Das war aber ein Zeitpunkt, an welchem Ueberfluß an Schlachtwild vorhanden war und man von einer Fleischsteuerung im Publikum nichts bemerkt hat. Als dann wäre aber die Stellungnahme, welche das Stadtparlament in seiner Petition über die Fleischsteuerung und der überwiegende Teil der hiesigen Presse mit ihrem Fleischnotgeldbrief in den letzten Monaten eingenommen haben, nicht nur unverständlich, sondern geradezu unverständlich. Sie doch danach zu schließen, daß die Fleischsteuerung der Stadt Halle als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden kann.

Man liegen aber auf der anderen Seite zahlreiche Einzelbeispiele vor, aus denen geschlossen werden kann, daß die amtlichen Preisnotierungen, soweit sie sich auf die Stadt Halle beziehen, zu ernstlichen Bedenken Veranlassung geben.

Wie dem Leser bekannt ist, haben wir uns an dieser Stelle schon mehrfach mit der Wert der Preisnotierung und Festsetzung der Preise in Halle beschäftigt. Dieser konnte in jedem einzelnen Falle festgelegt werden, daß die hiesigen Notierungen über die Fleischpreise keineswegs einwandfrei sind. Trotzdem ist bis heute eine durchgreifende Aenderung nicht erfolgt. Im Gegenteil, die

Zustände sind allmählich derartig unhaltbar geworden, daß sie im Interesse der Fleischverbraucher dringend der Abhilfe bedürfen.

Nach bis Ende 1905 stand der Marktort Halle a. S. in Bezug auf die notierten Kleinhandelspreise Fleisch mit an der Spitze der 24 oben erwähnten Hauptmarkorten. Als wir nun im vorigen Jahre wiederholt auf diese auffallende Erscheinung hinwiesen, verhielt sich hinsichtlich der Durchschnittspreise für Rindfleisch von der Keule Halle noch in den Jahren 1904 und 1905 überhaupt die höchsten Preise notierte, wurden im Dezember vorigen Jahres die amtlichen Notierungen soweit herabgesetzt, daß die Stadt unter den Markorten in die achte Stelle rückte. Die gleiche Herabsetzung der Preise wurde dann im laufenden Jahre fortgesetzt. So finden wir, daß Halle schon seit dem Oktober cr. mit an der tiefsten Stelle der Preisliste angelangt ist. In Halle sollen sonach für Qualitätsrindfleisch die niedrigsten Durchschnittspreise in ganz Preußen entrichtet werden.

Neuflische Verhältnisse weisen auch die Preisnotierungen in Bezug auf die anderen Fleischsorten auf. So ist z. B. Schweinefleisch im Detailhandel von der 5. insoweit auf die 17. und Kalbfleisch von der 1. auf die 13. Stufe der 24 Markorte herabgesunken.

Daß übrigens die Zweifel über die Richtigkeit der amtlichen, städtischen Notierungen nicht unberechtigt sind, geht u. a. daraus hervor, daß die Herabsetzung der Durchschnittspreise für Fleisch im Kleinhandel einsetzte, als die Viehpreise noch im Steigen begriffen waren. Wir werden aber in unserer Ansicht, daß eine willkürliche Aenderung der Preisnotierungen vorliegt, die auf eine Verschönerung der Marktlage hinausläuft, noch durch eine andere Tatsache bekräftigt. Vor allem hat der Verbraucher von Fleisch unseres Wissens bis jetzt nichts von der in den Notierungen gekennzeichneten Verbilligung des Fleisches verspürt. Vielmehr ist gerade das Gegenteil der Fall gewesen. So war u. a. nach dem Wirtschaftsbuche einer Haushaltung der Preis für Rindfleisch im Monat Dezember 1905 gegenüber dem Monat November desselben Jahres um 5 Pfg. pro 1 Pfund gestiegen, trotzdem die amtliche Preisnotierung eine Preisverbilligung aufzeigte. Ferner wurden nach den Fleischbüchern einer Anzahl hiesiger Haushaltungen, worunter ein Privat-Mittagsstich, in den Monaten Januar, Februar und März laufenden Jahres für Rindfleisch 75—100 Pfg. für 1 Pfund je nach der Qualität bezahlt. Die amtlichen Preisfestsetzungen liefen dagegen Beträge von 77,5 bezw. 75 Pfg. für Rindfleisch von der Keule und 67,5 bezw. 65 Pfg. für solches vom Saufe auf. Also hat man nur die geringsten Fleischsorten bei der Notierung berücksichtigt, während die Festsetzung der Durchschnittspreise für Qualitätsfleisch außer Acht gelassen wurde.

Auch im Oktober laufenden Jahres war nachweisbar von einer Ermäßigung der Durchschnittspreise für Schweinefleisch im Kleinhandel keine Rede. Nichts desto weniger wurde der amtlich notierte Durchschnittspreis von 83,5 auf 80 und im November sogar auf 77 Pfg. pro 1 Pfund herabgesetzt.

Daraus erhellt, daß die amtlich notierten mit den vom Verbraucher wirklich gezahlten Durchschnittspreisen nicht in Einklang zu bringen sind. Somit ist die Forderung begründet, daß sich endlich bei der Stadt Halle a. S. neu geschaffene Statistische Amt mit der Klärung der Angelegenheit beschäftigt. Es dürfte u. E. auf die Dauer in einem großen Gemeinwohl, es sollte nicht angehen, daß einseitig nur der Obermeister der hiesigen Fleischverwertung das Unterlagenmaterial für die Fleischpreisnotierungen im Kleinhandel beschafft. Es wären doch, um zu einem einwandfreieren Resultat zu kommen, gleichfalls auch die Verbraucher eingezogen zu werden. Denn der Magistrat hat als Erhebungsbehörde für die Preisnotierungen u. E. die Verpflichtung, die in Frage stehenden Aufstellungen derart einwandfrei herzustellen, daß sie ein getreues Bild der jeweiligen, wirklichen Lage schaffen. Soll die Preisnotierung doch eine aufklärende, nicht aber irreführende Wirkung ausüben.

**Die Sonntagstrübe im Handelsgewerbe**

ist gegenwärtig zu einer der meist erörterten kommunalen Fragen geworden. So fand auch gestern wieder eine Versammlung zur Besprechung dieser wichtigen Angelegenheit statt, und zwar war dieselbe einberufen vom Halleschen Bürgerverein nach dem großen Saal im „Wintergarten“. Daß die Frage die Wenigsten namentlich im Handelsgewerbe beschäftigten jungen Leute bewegt, ist ja erklärlich, und so rekrutierte sich denn auch ein großer Teil der wohl über 300 Mann zählenden Versammlung aus den Kreisen der Handelsgesellen, obwohl die Versammlung vom Bürgerverein hauptsächlich weitaus einberufen war, um dem kaisenden Publikum Gelegenheit zu geben, sich zu der Sache zu äußern.

Der Stadtvorordnete Herr Ehrenhalmsträter Diefel, Vorsitzender des Halleschen Bürgervereins, eröffnete die jährliche Versammlung mit einigen Begrüßungsworten und gab sodann Herrn Stadtvorordneten Kuhn die Wort, welcher in trefflichen kurzen Worten zuerst einen jammervollen Rückblick auf die Geschichte dieser Bewegung und auf die früheren Zustände warf, um sodann den Wert der Sonntagstrübe für die Gegenwart zu würdigen. Zwei Strömungen seien gegenwärtig vorhanden, eine tabuläre, die die vollständige Sonntagstrübe fordert, und eine gemäßigtere, die glaubt, daß man sich mit dem zurecht Erweiterten zufrieden geben sollte und eine Beschäftigung der Sonntagstrübe auf die Sonntagsstunden beschränken sollte. Auch in den Kreisen der Geschäftsinhaber ist man im allgemeinen nicht gegen eine derartige Festlegung der Sonntagstrübe. Herr Kuhn schloß vor, dem Magistrat die Einführung der vollständigen Sonntagstrübe für die Sonntage und einer der festgesetzten Sonntagstrübe für die offenen Geschäftstage zu empfehlen. Man dürfe auch nicht auf diejenigen Elemente unter den Handlungsgesellen sehen, die die erweiterte Sonntagstrübe nicht zu gönnen wissen und dieselbe vielmehr zu ihrem Schaden verwenden, im Gegenteil dürfe man ermahnen, daß der weitaus größte Teil von ihnen diese erweiterte Sonntagstrübe zum Nutzen und zur Erhaltung in Wortes freier Vater, zur Kräftigung und Gesundheit von Geist und Körper verwenden. (Großer Beifall.)

Sodann erörterte Herr S. Reil, Sozialdemokrat Mitglied des Verbandes deutscher Handlungsgesellen zu Leipzig, ein sehr ausführliches Referat, in welchem er u. a. eine Anzahl größerer Städte namhaft machte, in denen die Sonntagstrübe in den Kontoren, zum Teil auch in den offenen Geschäften heute schon eine vollständige ist. In Frankfurt a. M. in die Sonntagstrübe auch für die offenen Handelsgeschäfte eine vollkommene. Weiter ging Reiner in seinen durchaus sachlichen und objektiven Ausführungen auf die Bedeutung der Sonntagstrübe für Prinzipale und Angestellte ein. „Wir wünschen mehr Ruhe, weil wir mehr Ruhe brauchen, der Prinzipal wie der Angestellte.“ In ähnlicher Weise äußerte sich ein Vertreter des Hamburger Handlungsgesellen-Verbandes, Herr

Als

# Weihnachts-Geschenke

geeignet für Familien-Angehörige, Angestellte, Wohltätigkeitszwecke, empfehlen in hervorragender Auswahl:

**Kleiderstoffe**  
für Gesellschaft, Promenade u. Haus.  
**Elegante Blusenstoffe**  
in Seide und Wolle.  
**Damen-Paletots**  
und **Jackets.**  
**Abend-Mütel und Kragen.**  
Fertige Kleider.  
Kostümrücke.  
Blusen in jeder Ausführung.  
Mädchen- u. Knaben-Garderobe  
**Pelz-Waren.**  
**Colliers, Stolas, Muffen**  
in allen modernen Pelzarten.  
— **Kinder-Garnituren.** —

**Handschuhe, Gürtel,**  
Pompadours, Täschen,  
Echarpes, Tücher,  
Kopshawls, Kapotten,  
Ballshawls, Ballstolas.  
**Unterröcke.**  
Korsetts, Korsettschoner.  
**Schürzen.**  
Kinderhüte und -Mützen.  
Trikotagen u. Strümpfe.  
**Regenschirme.**  
Strickwesten, Strickwolle.  
**Handarbeiten**  
vorgezeichnet und fertigestickt.  
Deckenstoffe, Westenstoffe.

**Fertige Wäsche**  
für Damen, Herren und Kinder.  
Reform-Wäsche u. Unterzeuge.  
**Bade-Artikel.**  
Haus- und Küchenwäsche,  
Kaffe, Tee- u. Abenddecken.  
**Tischwäsche.**  
Leinen- und Baumwollwaren,  
Bettwäsche, Bettdecken,  
**Fertige Betten.**  
Herren-Oberhemden,  
Tag- u. Nachthemden, Serviteurs,  
Kragen, Manschetten,  
Herren-Krawatten, Taschentücher.

**Gardinen, Vorhänge.**  
Band- und Spachtel-Stores.  
**Teppiche**  
aller Webarten und Größen.  
Tischdecken, Diwanddecken.  
**Reise- und Schlafdecken.**  
**Stoppdecken.**  
Zierdecken und Läufer.  
Felle, Fellvorlagen, Bettvorlagen.  
Sofakissen u. Kissenplatten.  
**Fenstermütel.**  
Gobelins, Matten und Abtreter.  
**Metall-Bettstellen.**  
Matratzen, Keilkissen.  
Beste Bettfedern und Daunen.

Gute Waren.

**Sehr billige Preise.**

Aufmerksame Bedienung.

# Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.













